



Streit um UBS: «Diese Aussage ist absoluter Chabis»

Ein Vermögensverwalter schlägt sich auf die Seite des Bundesrats, während Sergio Ermotti Behörden und Politiker angreift.

Florence Vuichard

Im Streit um die künftige Bankenregulierung verschärft Sergio Ermotti den Ton. In einem Interview mit der NZZ unterstellt der UBS-Chef der Nationalbank, der Finanzmarktaufsicht und dem Finanzdepartement von Karin Keller-Sutter, dass sie «kein Interesse daran» hätten, «dass die tatsächlichen Lehren aus dem CS-Untergang gezogen werden». Denn sie seien «mitverantwortlich für das, was mit der CS passiert ist».

Nicht viel netter äussert sich der UBS-Chef über die Politiker: «Einige haben die Position der UBS verstanden, andere wollen sie nicht verstehen, wieder andere sind verwirrt.» Das kommt in Bundesbern nicht besonders gut an. «Es ist Sergio Ermottis gutes Recht, die Interessen der UBS mit seinen Argumenten zu verteidigen», sagt der Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni. «Er sollte dieses Recht aber auch jenen zugestehen, die andere, öffentliche Interessen verteidigen. Das tut er aber nicht. Er stellt – überspitzt gesagt – alle, die eine andere Meinung vertreten, als böswillig oder dumm dar.» Und der Ständerat ergänzt: «Das passt nicht zu meinem Grundverständnis von Demokratie.»

Für andere Ständeräte ist das Interview der Beweis, dass die Nervosität hoch ist. «Ein so massives Lobbying wie jetzt von der UBS habe ich noch nie erlebt», sagt Pirmin Bischof, der seit 2007 im Parlament sitzt und seit 2011 in der kleinen Kammer den Kanton Solothurn vertritt. «Die UBS-Spitze vertritt die Interessen ihrer Aktionäre, wir die Leute im Land. Das sollte die Bank eigentlich verstehen.» Die neusten Angriffe des UBS-Chefs nimmt er «sportlich», wie er sagt. «Das gehört zum Spiel.»

«Wenn man auf die Integrität der politischen Gegner zielt, dann sind einem offensichtlich die Argumente ausgegangen», ergänzt der Zuger Mitte-Ständerat Peter Hegglin. Als Politiker stütze er sich bei der Entscheidung auch auf Leute aus der Wissenschaft sowie auf Berichte der Behörden. «Wir Politiker müssen sowohl die Interessen des Finanzplatzes als auch jene der Steuerzahler berücksichtigen», betont Hegglin. Deshalb hat er selbst einen Vorschlag in die Debatte eingebracht,

den er als «Kompromiss» bezeichnet. Demnach soll die UBS ihre ausländischen Tochterfirmen mit «nur» 90 Prozent hartem Kernkapital unterlegen müssen statt mit 100 Prozent, wie es der Bundesrat will. Der Vorschlag des Bundesrats gehe «weit», sagt Hegglin, «jener der Kommission mit den AT1-Anleihen scheint mir nicht praktikabel zu sein».

«100 Prozent wären besser!»

Unterstützung für seinen 90-Prozent-Vorschlag erhält Hegglin unter anderem vom Zuger Vermögensverwalter Pirmin Hotz, wie aus dessen Schreiben an die Ständeräte hervorgeht, das «Schweiz heute» vorliegt. Darin bezeichnet Hotz den 90-Prozent-Vorschlag als «akzeptabel», auch wenn er anfügt: «100 Prozent wären besser!» Als Inhaber eines unabhängigen Schweizer Vermögensverwaltungsunternehmens liege ihm eine starke und wettbewerbsfähige UBS «enorm am Herzen», umso mehr als diese seiner Firma als Depotbank für rund 5 Milliarden Franken Kundenvermögen diene.

Der Grund, wieso Hotz am Sonntag in die Tasten gegriffen hat, ist jedoch ein anderer: die Sendung «Arena» zum Thema UBS-Eigenmittel. Dort wurde behauptet, dass die 100-prozentige Unterlegung der ausländischen UBS-Tochtergesellschaften dasselbe wäre, wie wenn Wohnungs- und Hausbesitzer ihre Immobilie zu 100 Prozent mit Eigenkapital unterlegen müssten – und letztlich keine Hypotheken mehr aufnehmen könnten. «Diese Aussage ist absoluter Chabis», hält Hotz fest.

Eine 100-prozentige Eigenkapitalunterlegung der Auslandstöchter bedeute nicht, dass diese kein Fremdkapital mehr aufnehmen dürften. «Es bedeutet vielmehr, dass der Buchwert der Beteiligungen des Schweizer Stammhauses an den ausländischen Töchtern zu 100 Prozent mit hartem Eigenkapital des Stammhauses finanziert werden muss», betont Hotz. Auch mit dem Bundesrats-Vorschlag werde das Verhältnis Fremdkapital zu Eigenkapital bei den Auslandstöchtern erfahrungsgemäss höher als 10 zu 1 sein – jedoch werde die 1,



Zuger
Zeitung

Luzerner
Zeitung

Urner
Zeitung

Nidwaldner
Zeitung

Obwaldner
Zeitung

Aargauer
Zeitung

Solothurner
Zeitung

Oltner
Tagblatt

also das Eigenkapital, neu zu 100 Prozent eigenfinanziert sein.

Ermotti, der sehr wohl wissen dürfte, dass der Vergleich mit den Eigenheimbesitzern hinkt, greift im Nahkampf mit Behörden und Politik lieber zu anderen Analogien, um die Folgen der Vorschläge mit 90 respektive 100 Prozent hartem Kernkapital einfach darzustellen: «zwei blaue Augen und eine gebrochene Nase».

PIRMIN HOTZ ist Gründer und Inhaber der
Dr. Pirmin Hotz Vermögensverwaltungen mit Sitz in Baar.